



Bernd Lynack MdL
Wahlkreis 21 - Hildesheim

Wahlkreisbüro:
Osterstr. 39 A · 31134 Hildesheim
Tel.: 0 51 21 / 3 95 52
Fax: 0 51 21 / 69 42 37
info@bernd-lynack.de
www.bernd-lynack.de

Hildesheim, 13.05.2015

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 8. Mai jährte sich zum 70. Mal das Ende des Zweiten Weltkrieges. Eine der zentralen Gedenkveranstaltungen dazu hat vor zwei Wochen im ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen stattgefunden. Bundespräsident Joachim Gauck machte dabei in seiner beeindruckenden Rede deutlich, dass Deutschland Teil einer Verantwortungsgemeinschaft sei, die sich dazu bekenne, die Würde des Menschen zu verteidigen.

Ein anderer Bundespräsident war es, der in seiner Rede im Jahre 1985 den 8. Mai 1945 erstmals als „Tag der Befreiung vom menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ bezeichnete. Die in dieser historischen Rede Bundespräsident Richard von Weizsäckers zum Ausdruck gekommene Wertung des letzten Kriegstages hat bis heute Bestand.



Symbol für 70 Jahre Frieden: Zum Abschluss der Gedenkfeier wurden 70 weiße Luftballons in den Himmel geschickt.

Auch in Hildesheim wurde dem Ende des Zweiten Weltkrieges gedacht. In einer Feierstunde in der Martin-Luther-Kirche, ausgerichtet von Schülerinnen und Schülern der 10. Jahrgangsstufe des Goethegymnasiums, gingen die Schülerinnen und Schüler u.a. der Frage nach, wie Jugendliche 1945 das Kriegsende erlebten. Auskunft darüber gab ihnen Wilhelm Schwartz, ehemaliger Schulleiter der Grundschule Nord, der damals 15 Jahre alt war. Ich möchte mich für diese sehr berührende

Veranstaltung bei den Unterstützerinnen und Unterstützern um Jutta Rübke, Pastor Gröhn, Jörg Heinrich und natürlich bei seinen Schülerinnen und Schülern herzlich für dieses Engagement bedanken.

Der 8. Mai 1945 steht für den Beginn einer nie dagewesenen Zeitspanne von Wohlstand und Frieden in ganz Europa, die bis heute anhält. Deshalb müssen wir als Gesellschaft alle Anstrengungen unternehmen, um diesen Zustand zu erhalten.

Gedenkveranstaltungen wie diese tragen dazu bei, uns bewusst zu machen, dass diese lang anhaltende Friedenszeit keine Selbstverständlichkeit ist.

Bildung. Zukunft. Niedersachsen.



Impuls mit zwei Sichtweisen: Martin Wincek referiert sowohl aus Sicht eines angehenden Gymnasiallehrers und des GEW-Kreisvorstandes.

Am 05.05.2015 hat eine von mir organisierte **Veranstaltung zur Schulgesetznovelle in meinem Betreuungswahlkreis in Gronau** stattgefunden. Als SPD stehen wir für ein gerechtes Bildungssystem in Niedersachsen. Deshalb haben wir die Bildungspolitik zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit gemacht und gleich nach dem Regierungswechsel im Jahr 2013 die Zukunftsoffensive Bildung gestartet.

Die Abschaffung der Studiengebühren, die Wiedereinführung des Abiturs nach 13 Jahren, die Finanzierung der 3. Krippenkraft, die Einrichtung von mehr Gesamtschulen als gleichberechtigte Schulform und der Ausbau von Ganztagschulen sind bereits angeschoben. Das jetzt in den Landtag eingebrachte 'Bildungschancengesetz' ist die logische Fortführung der bildungspolitischen Ziele unseres Regierungshandelns. Um über die geplanten Veränderungen zu informieren und diskutieren, hatte ich Lehrkräfte, Eltern- und Schülervertretungen sowie Bürgerinnen und Bürger zu einer Diskussion in die Grundschule „Am Wildfang“ in Gronau eingeladen. Als Referenten haben uns mein Landtagskollege Uwe Strümpel, selbst lange Jahre als Lehrer tätig, und Martin Wincek als Vertreter des GEW-Kreisverbandes zur Verfügung gestanden. Besonders gefreut habe ich mich über die guten Zensuren, die Martin Wincek der Schulgesetznovelle aus der Sicht eines angehenden Gymnasiallehrers ausgestellt hat. Katja Schoner, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Kreistagsfraktion, hat die Gespräche zwischen den mehr als 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmern moderiert.



Katja Schoner, Bernd Lynack und Uwe Strümpel

Einig waren wir mit allen Teilnehmenden, dass im Bereich der Inklusion unbedingt die Fort- und Ausbildung für Lehrpersonal ausgebaut werden muss, um dem bestehenden Personalbedarf

angemessen begegnen zu können. Fest steht, dass das Land bis zum Jahr 2017 rd. 550 Millionen Euro zusätzlich für die Umsetzung der Inklusion im Schulsystem zur Verfügung stellen wird.

Praktikantin im Mai

In den letzten drei Wochen hat mich Antonia Hillberg als Praktikantin begleitet. Antonia besucht den 12. Jahrgang der Robert-Bosch-Gesamtschule und wird dort im kommenden Jahr ihr Abitur im Gesellschaftszweig ablegen.



Antonia: „Ich habe mich aufgrund meines politischen und demokratischen Interesses dafür entschieden, mich für ein Praktikum bei Bernd Lynack zu bewerben, um ihn bei seiner täglichen Arbeit im Wahlkreis, aber auch im Landtag begleiten zu können und so tiefere Einblicke in die Arbeit eines Abgeordneten gewinnen zu können.“

Ich freue mich, dass mein Praktikum an die positiven Erfahrungen angeschlossen hat, die ich schon vor einigen Jahren mit Jutta Rübke sammeln konnte, als ich sie für einen Tag in den Landtag begleiten durfte, genauso wie an die positiven Erfahrungen, die ich mit Bernd während seines Wahlkampfes gesammelt habe.“

Übrigens: Auch mir hat die Zeit mit Antonia viel Freude gemacht. Imponiert hat mir nicht nur ihr politisches Verständnis. Auch ihre Kondition an besonders langen Tagen war spitze.

LANDTAG KOMPAKT · LANDTAG KOMPAKT · LANDTAG KOMPAKT

Die Automobilindustrie ist Rückgrat unserer Wirtschaft. Unserem Ministerpräsidenten Stephan Weil ist es in den letzten Wochen gemeinsam mit den Arbeitnehmervertreterinnen und –vertretern gelungen, Ruhe und Stabilität in Europas größten Autobauer Volkswagen zu bringen. Dies ist wichtig für unser Land. Auch für die Automobilindustrie müssen wir die Rahmenbedingung setzen, unter denen dieser Wirtschaftszweig auch in Zukunft erfolgreich sein kann. Niedersachsen hat daher eine Entschließung zur Förderung der Verbreitung von Elektrofahrzeugen in den Bundesrat eingebracht. Wir haben uns mit unserem Beitrag zur **Aktuellen Stunde „Moderne Mobilität in Niedersachsen – umweltfreundlich, sicher und innovativ“** an dieser Entschließung orientieren und uns so ebenfalls mit diesem wichtigen Thema für unser Land befasst.

Abschließend beraten und beschlossen haben wir den **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Maßregelvollzugsgesetzes**. Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 23. März 2011 grundsätzlich zu den rechtlichen Voraussetzungen und Grenzen der Zwangsbehandlung in der psychiatrischen Unterbringung Stellung genommen. Im Ergebnis hat es die rheinland-pfälzische Regelung zur Zwangsmedikation für verfassungswidrig erklärt. Diese Grundsatzentscheidung wirkt sich auch auf die vergleichbaren gesetzlichen Regelungen für die psychiatrische Zwangsbehandlung in Niedersachsen aus. Auch das Niedersächsische Maßregelvollzugsgesetz lässt in der derzeit geltenden Fassung eine Zwangsbehandlung ohne besondere Voraussetzungen zu. Mit den von uns jetzt vorgenommenen Änderungen wird den verfassungsgerichtlichen Vorgaben Rechnung getragen.

Darüber hinaus haben wir unseren Antrag **Fahrradland Niedersachsen stärken** beschlossen. Das Fahrrad hat unter verschiedenen Gesichtspunkten eine große Bedeutung für Niedersachsen: Klimaschutz, Verkehr, Gesundheit. Und auch in der Freizeit wächst seine Bedeutung – ob für Wochenendausflüge oder den Familienurlaub. Mit unserem Beschluss werden wir dieser zunehmenden Bedeutung gerecht. Gleichzeitig fordern wir die Landesregierung auf, ihre erfolgreiche Verkehrspolitik im Bereich Radverkehr fortzusetzen.

Auch unseren Antrag mit dem Titel **Gerechtigkeit für die Opfer der Homosexuellen-Verfolgung in Deutschland! Rehabilitation durchsetzen!** haben wir am Dienstag mit den Stimmen der Koalition beschlossen. Jahrzehntlang wurden in Deutschland schwule Männer staatlich verfolgt. Diese strafrechtliche Verfolgung homosexueller Männer in der Bundesrepublik Deutschland mittels des § 175 Strafgesetzbuch war von Anfang an falsch. Die endgültige Beendigung dieser rechtsstaatswidrigen Verfolgung im Jahr 1994 war überfällig. Mit diesem Antrag fordert der Landtag die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine vollständige Rehabilitation und Entschädigung der nach 1945 gemäß § 175 StGB und nach den entsprechenden Normen in der DDR verurteilten Männern einzusetzen.

Neu eingebracht haben wir die folgenden Anträge:

MINT-Fächer an den Niedersächsischen Hochschulen stärken - Nachwuchs gewinnen und halten - Exzellenz unterstützen

Gut ausgebildete Fachkräfte in den sogenannten MINT-Fächern Mathematik, Informatik, Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie Technik sind die Basis für eine gute wirtschaftliche Entwicklung. Hierbei kommt den niedersächsischen Hochschulen im Rahmen der Entwicklung hin zu einer Wissensgesellschaft eine besondere Aufgabe zu. Hierfür sind bereits wesentliche Maßnahmen eingeleitet worden, z. B. durch die Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte, die Förderung von Chancengleichheit, Geschlechter- und Bildungsgerechtigkeit, die Abschaffung der Studiengebühren sowie Maßnahmen zur Senkung der Studienabbruchquoten insbesondere in den

MINT-Studiengängen. Mit unserem Antrag wollen wir diese Entwicklung stärken und gleichzeitig darauf hinwirken, dass unsere Hochschulen in einer zukünftigen Exzellenzinitiative die notwendige Unterstützung erfahren.

Tierische Produkte umfassend kennzeichnen - Verbraucherinnen und Verbraucher wollen Klarheit

Nachdem seit Juli 2005 Hühnereier, die in den Verkehr gebracht werden, EU-weit mit einem neunstelligen Code, aus dem in der ersten Ziffer auch die Haltungsform hervorgeht, gekennzeichnet werden müssen, sind Eier aus Käfighaltung weitestgehend aus dem Lebensmitteleinzelhandel verschwunden. Dieses Beispiel zeigt, dass Verbraucherinnen und Verbraucher überwiegend durchaus bereit sind, für über den gesetzlichen Mindeststandard hinausgehende Tierschutzaspekte einen höheren Preis zu bezahlen, sofern dieser leicht erkennbar und nachvollziehbar ist. Im Sinne der Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher und einer nachhaltigen Produktion von Lebensmitteln tierischen Ursprungs ist es daher erforderlich, die Kennzeichnung dieser Lebensmittel hinsichtlich ihrer Herkunft und ihrer Prozessqualität weiter auszubauen. Mit unserem Antrag fordern wir eine umfassende Herkunftskennzeichnung von Fleisch als Zutat sowie eine Kennzeichnung für solche Zutaten, bei denen schon das tierische Ursprungsprodukt gekennzeichnet werden muss.

Seenotrettung jetzt - Konsequenzen aus Flüchtlingskatastrophen auf dem Mittelmeer ziehen

Die Frontex-Mission „Triton“ ist kein Ersatz für das seit Oktober 2014 beendete italienische Seenotrettungsprogramm „Mare Nostrum“. Dies zeigt sich vor allem in den in letzter Zeit noch einmal verstärkt auftretenden Todesfällen. Seit Jahresbeginn sind mehr als 1.800 Menschen auf der Flucht im zentralen Mittelmeer ums Leben gekommen. Bei der bisher schlimmsten Katastrophe in der Nacht vom 18. April 2015 starben 900 Schutzsuchende 130 Kilometer vor der libyschen Küste, weil Hilfsschiffe nicht rechtzeitig eintrafen. Mit unserem Antrag fordern wir daher den Bund und die EU auf, eine europäische Initiative zur Seenotrettung auf dem Niveau des italienischen Programms „Mare Nostrum“ zu starten. Gleichzeitig sollen weitere legale und geschützte Einreisemöglichkeiten geprüft und an einer friedensfördernden Strategie in den Herkunfts- und Transitländern gearbeitet werden.

Atomausstieg umsetzen - Atomkraftwerke zügig und transparent rückbauen

Mit dem Atomausstieg wurde in der Bundesrepublik ein gesetzliches Ausstiegsdatum definiert. Im Jahr 2022 soll mit dem Atomkraftwerk Lingen 2/Emsland der letzte Reaktor in Niedersachsen vom Netz gehen. Um den Atomausstieg umzusetzen, genügt es jedoch nicht, den Betrieb der alten Meiler einzustellen: Die Anlagen müssen zügig zurückgebaut werden. Mit diesem Antrag haben wir ein umfassendes Konzept dazu eingefordert.

Pünktlich zum 1. bundesweiten Tag des Städtebaus hat das niedersächsische Städtebauförderungsprogramm 2015 festgestanden: Neu ins Programm Stadtumbau aufgenommen wurde auch wieder die Stadt Hildesheim – und zwar mit insgesamt 1,5 Mio. Euro.

Mittel in Höhe von 480.000 Euro – je zur Hälfte aus Bundes- und Landesmitteln – werden in das Michaelisviertel fließen. Für das Phoenixgelände am Moritzberg erhält die Stadt eine Förderung in Höhe von 336.000 Euro. Weitere 720.000 Euro wurden für die Oststadt im Bereich der ehemaligen Mackensenkaserne bewilligt.

Auch im Landkreis profitieren Kommunen von Geldern aus Bundes- und Landeskassen im Programm ‚Aktive Stadt- und Ortsteilzentren‘. Fördermittel von über 1,3 Mio. Euro gehen an die Stadt Elze für die Gestaltung der Innenstadt. Für denselben Zweck erhält die Samtgemeinde Gronau 600.000 Euro. Darüber hinaus gehen aus dem Programm für ‚Kleinere Städte und Gemeinden‘ weitere 34.000 Euro ebenfalls nach Gronau. Die Förderungen werden ebenfalls jeweils zur Hälfte aus Bundes- und Landesmitteln zur Verfügung gestellt.

Insgesamt stehen in diesem Jahr rund 95,6 Millionen Euro an Bundes- und Landesmitteln in Niedersachsen neu für das Städtebauförderungsprogramm 2015 zur Verfügung. Zusammen mit dem Eigenanteil der Gemeinden (rund 44,8 Millionen Euro) und den zweckgebundenen Einnahmen (rund 12,8 Millionen Euro) steht damit ein Investitionsvolumen von rund 153 Millionen Euro für Projekte in niedersächsischen Städten und Gemeinden zur Verfügung. Sozial- und Bauministerin Cornelia Rundt hat für uns damit eine Förderung auf Rekordniveau durchgesetzt.

Erstmals werden dieses Jahr dank des Einsatzes der Länder beim Bund zwölf besonders finanzschwache Kommunen entlastet. Der kommunale Eigenanteil an der Finanzierung wird von einem Drittel auf 20 Prozent der förderfähigen Kosten reduziert, wovon insbesondere auch die Maßnahmen im Bereich der Stadt Hildesheim profitieren.

Grundlage ist eine Ermächtigung von Seiten des Bundes, die es den Ländern erlaubt, bis zu 12,5 Prozent der Städtebaufördermittel zu nutzen, um den Eigenanteil der Kommunen in Haushaltssicherung auf bis zu 20 Prozent zu reduzieren. Das wäre ohne die Intervention der Länder beim Bund nicht möglich gewesen. Niedersachsen hat die Ermächtigung bereits im ersten Jahr so weit wie möglich ausgeschöpft – zum Wohle unserer Kommunen.

Termine

Am **Dienstag, 19. Mai** wird der SPD-Stadtverband die Ergebnisse zur **Zukunftswerkstatt** präsentieren. Im vergangenen Jahr haben viele Genossinnen und Genossen engagiert an der zukünftigen Ausrichtung und Arbeitsweise unseres Stadtverbandes gearbeitet und jetzt eine (erste) Bilanz gezogen. Eingeladen sind alle Genossinnen und Genossen des Stadtverbandes. Die Veranstaltung beginnt um 18.30 Uhr in der AWO-Begegnungsstätte am Pvh.

Unter dem Titel ‚**Bildung. Zukunft. Niedersachsen.**‘ werde ich auch im Wahlkreis Hildesheim eine Informations- und Diskussionsveranstaltung durchführen. Die Veranstaltung findet am **Donnerstag, 21. Mai, 18.00 Uhr in der Aula der Renata-Schule in Ochtersum** statt. Als kompetenter Gesprächspartner wird uns mein Kollege Michael Höntsch als Mitglied des Kultusausschusses über die geplanten Änderungen im Zusammenhang mit der anstehenden Novellierung des Schulgesetzes informieren. Auch Martin Wincek, wird – wie bei der vorangegangenen Veranstaltung in Gronau – wieder einen Impuls aus zweifacher Sicht geben. Als Mitglied des GEW-Kreisvorstandes und aus Sicht eines angehenden Gymnasiallehrers. Ich würde mich sehr freuen, möglichst viele von Euch dort begrüßen zu können.

Euch allen wünsche ich schöne, sonnige Frühlingstage. Genießt die bevorstehenden Pfingst-Feiertage.

Die nächsten Informationen aus dem Landtag gibt es wieder nach dem Juni-Plenum. Der Landtag tagt das nächste Mal in der Zeit vom 3. bis zum 5. Juni.

Herzliche Grüße,

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'Be d'.